

Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands.



Nr. 30.

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern gratis zugestellt. — Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von 1,50 Mk. pro Quartal zu beziehen. — Inseratentnahme nur gegen Vorauszahlung. — Geldsendungen nur: Postcheckkonto 7718 2318

Cöln, den 26. Juli 1918.

Insertionspreis für die viersp. Zeile 30 Pfg. Stellengehude und Angebote, sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Expedition befinden sich Cöln, Denloerwall 2, Telefonat B. 1546. — Redaktionschluss ist Samstag Mittag

19. Jahrg.

„Was nicht organisiert ist, ist im öffentlichen Leben so gut wie nicht vorhanden. Die billige Sympathie, die sich begnügt mit einem Beifall in einer Versammlung und allgemeiner Gefühlsaufwallung, ist, staatsbürgerlich betrachtet, außerordentlich wenig wert. Das Wort eines Vortrages verhallt, das Wort einer Schrift wird überdönt von tausend neuen Eindrücken des Alltags — nur der fest Organisierte, der sich als lebendiges Glied eines kämpfenden Ganzen fühlt, wird zuletzt fähig, wirklich zu helfen! Doch, was bedarf es der Worte? Wenn die große Zeit, in der wir leben, überhaupt eine Lehre deutlich gemacht hat, so ist es die von dem entscheidenden Werte fester, planvoller Organisation.“ Adolf Damaschke.

Konsumgenossenschaftliche Selbsthilfe.

Nur der gewerkschaftlich organisierte Arbeiter arbeitet bemüht auf eine Besserung seiner wirtschaftlichen Lage hin. Infolgedessen gilt uns auch nur derjenige Arbeiter als ein vollwertiges Glied unseres Standes, der der gewerkschaftlichen Organisation angehört. Schätzen wir die gewerkschaftliche Betätigung der Arbeiter als deren erste Pflicht ein, so sind wir trotzdem nicht so einseitig, nur von der gewerkschaftlichen Selbsthilfe alles Heil für die Arbeiterklasse zu erwarten. Der gewerkschaftlich organisierte Arbeiter weiß auch den Wert des genossenschaftlichen Zusammenschlusses als Verbraucher zu würdigen. Was die Gewerkschaft ihm an Lohnerhöhung errang, das sucht er durch die Konsumgenossenschaftliche Betätigung auch dauernd zu behaupten. Denn was nützt eine Lohnerhöhung, die alsbald aufgehoben wird durch eine Verteuerung der Lebenshaltung? Zur Steigerung des Reallohns sind somit für den Arbeiter sowohl Gewerkschaft als Konsumgenossenschaft notwendig. Das vom Arbeiter verdiente Geld hat nur soviel Wert, als dafür zu kaufen ist. Niedrige Preise steigern die Kaufkraft des Arbeitsverdienstes; hohe Preise senken sie.

Der Reichsbund deutscher Konsumvereine (Sitz Cöln-Mülheim), die parteipolitisch neutrale Organisation der Konsumvereine, der am 13., 14. und 15. Juli in Essen seine 11. Generalversammlung abhielt, arbeitet in der entscheidendsten Weise mit an der Stärkung der Kaufkraft des Lohnes. Sind die Konsumgenossenschaften auch durch die Zwangsbeschlagnahme der Lebensmittel in ihrer Tätigkeit stark beeinträchtigt, so zeigt sich doch, daß der Krieg mit seinen üblen Begleiterscheinungen ein lauter Mahner zur genossenschaftlichen Selbsthilfe vor Ausbeutung und Bewucherung war. Die Zahl der dem Verband angeschlossenen Genossenschaften vermehrte sich im Jahre 1917 von 233 auf 249; die Mitgliederzahl stieg von 285 604 auf 352 000. Der Umsatz betrug im angegebenen Jahr 72 Mill. Mt. 3,63 Mill. Mt. wurden den Mitgliedern als Ersparnis beim Einkauf wieder zurückerstattet. Ohne Zweifel wird die Zeit nach dem Kriege den Konsumgenossenschaften auch hinsichtlich des Umsatzes einen weiteren starken Aufstieg bringen. Das umsomehr, als die Aenderung der Steuergesetzgebung den größeren Konsumgenossenschaften auch den Verkauf von Haushalts- und sonstigen Bedarfsgegenständen neben dem Lebensmittelverkauf ermöglicht.

Für die Zeit der Ubergangswirtschaft — und natürlich auch für die Kriegszeit — halten die Konsumvereine die Zwangsbeschlagnahme für erforderlich. Ohne sie wäre der Krieg für uns längst verloren. Der freie Handel, mit seiner unermesslichen Gier nach Gewinn, hätte zur vollständigen Verelendung der breiten Masse geführt. Eine schrittweise Umgestaltung der Ernährungswirtschaft erweist sich jedoch für die Zukunft — wie Verbandsdirektor Schlack auf der Essener Tagung ausführte — bringen notwendig. Anordnung, Aufsicht und Kontrolle den Behörden, Warenbewirtschaftung dem genossenschaftlichen und privaten Handel, dieses

Ziel müßte angestrebt werden. Die Konsum-Genossenschaften und ihre Groß-Einkaufs-Zentralen müssen in die Kriegs- und Ubergangswirtschaft eingegliedert werden. Die Gestaltung der Verbrauchsgüterwirtschaft müsse mehr wie bisher die Interessen der Verbraucher wahren; auch die Steuergesetzgebung müsse auf diesem Gesichtspunkte eingestellt werden. Angesichts der besonders durch den Krieg stark entwickelten privatkapitalistischen Interessengemeinschaften von Gewerbe und Handel sei volle Freiheit und Förderung der sozialwirtschaftlichen Genossenschaftsbewegung im Interesse von Volk und Staat notwendig. Der Genossenschaftstag stimmte diesen Vorschlägen in einer Entschließung einmütig zu.

Eines der wichtigsten Probleme der genossenschaftlichen Selbsthilfe behandelte auf dem Genossenschaftstag Schriftleiter Brauer vom Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften: „Die Organisation der Geldwirtschaft der Verbraucher.“ Er schilderte die eigentümliche Entwicklung, die das Bankwesen in Deutschland genommen hat und die einer Anzahl von Großbanken einen ständig steigenden Einfluß auf unsere gewerbliche Produktion verschafft. In einigen wenigen Großbanken konzentrieren sich heute Geldmittel, die etwa dem Betrag unserer jährlichen Ausfuhr entsprechen mit einem jährlichen Umsatz, der die Gesamtsumme des deutschen Volkvermögens noch überschreitet. Diese Kapitalkonzentration, die gegenüber Industrie und Gewerbe zu einer Machtzusammenballung von größter Tragweite geworden ist, beginnt mehr und mehr die Produktion zu beherrschen und damit den Preis der Erzeugnisse monopolistisch zu beeinflussen. Einer solchen Entwicklung stehen die Verbraucher einstweilen machtlos, überdies in der Hauptsache auch noch uninteressiert gegenüber. Eine Aenderung ist nur zu erhoffen, wenn die Verbraucher zunächst auf die Verwendung der aus ihren eigenen Kreisen hervorgehenden Kapitalien Einfluß nehmen. Die geeigneten Vermittler sind in erster Linie die Zentralverbände der Verbraucher. Notwendig ist inselgedessen vor allem eine Organisation der Geldwirtschaft in diesen Organisationen (Konsumgenossenschaften, Angestellten-Arbeitervereine, Gewerkschaften usw.) selbst. Die Errichtung einer Genossenschaftsbank unter den Organisationen des deutschen Arbeiterkongresses in Verbindung mit den Konsumvereinen erscheint erforderlich. Nur wenn zunächst auf dieser Grundlage, frei von allem kleinlichen Kleben an der Höhe der Verzinsung, die Geldwirtschaft der organisierten Verbraucher planmäßig erfaßt und ausgestaltet wird, ist zu hoffen, daß allmählich ein immer größerer Teil der Gesamtkonsumenten die wichtigste Waffe des Kapitalismus zur Bekämpfung der Auswüchse dieses Kapitalismus brauchen und verwenden lernt: das Kapital selber.

Wird die Zusammenfassung der Gelder der Verbraucherorganisationen und ihre Nugbarmachung für die genossenschaftliche Eigenproduktion durchgeführt, so steigert sich damit ohne Zweifel der Einfluß der Genossenschaften auf die Preisgestaltung der Waren erheblich. Auch die bessere und zwar direkte Verbindung der Verbrauchergenossenschaften mit den häuerlichen Erzeugergenossenschaften wird zu einer Verbilligung der Warenpreise führen müssen. Der Reichsverband deutscher Konsumvereine hat sich diesbezüglich große Ziele gesetzt, die auch gewiß bei allseitiger Unterstützung erreicht werden können. In Neuß, direkt am Hafen gelegen, ist bereits umfangreiches Gelände für Fabriken, die der Eigenproduktion dienen können, erworben worden. Eine genossenschaftliche Fleischwarenfabrik, die, sobald es die Verhältnisse gestatten, ihre Produktion aufnimmt, wird an anderer Stelle entstehen.

Die Konsumgenossenschaftsbewegung verdirnt seitens der Gewerkschaften nichts anderes, als die tatkräftigste Unterstützung und Förderung. Jeder Gewerkschaftler, der zielbewußt an der wirtschaftlichen Besserstellung des Arbeiterstandes schaff, muß auch Mitglied einer Konsumgenossenschaft sein und für sie wirken und werden.

Zur Organisationsfrage der Sattler, Täschner und Tapezierer.

Das gewaltige Erleben dieser Zeit hat uns in vielem zu neuen Erkenntnissen geführt, andere Aufgaben gestellt und weitere Ziele gesetzt. Wie wir, wollen wir von der Spitze der großen Probleme der innerpolitischen und weltwirtschaftlichen Neugestaltung nicht erbarmungslos jermalmet werden,

alles überkommene, alles unter anderen Verhältnissen gewordene von uns streifen, uns zu einem neuen überdinglichen Standpunkte durchringen müssen und so vom Hochstande geklärt Anschauung, gereiften Erfahren und geschärften Weitblicks aus dem Schutze des Ueberlebten die Quader des neuen Deutschland zu türmen, so gilt auch spezialberufliche, engere Verbandsinteressen von höherem Standpunkte aus zu beurteilen. Wir haben im Kriege weiteste wirtschaftliche Umgruppierungen erfahren. Manches spricht dafür, daß mit dem Frieden die frühere Stabilität der einzelnen Berufsgruppen nicht ohne weiteres wieder geschaffen ist. Allzuviel hängt vom Ausgang des Krieges von der Neugestaltung des Auslandsmarktes ab. Diese Erfahrungen und Aussichten beweisen klar, daß nicht der einzelne Berufsverband, sondern die Gesamtbewegung die Verankerung des gewerkschaftlichen Gedankens sein muß. Stärkung der Gesamtbewegung ist darum unser höchstes Interesse, unsere vornehmste Pflicht. Von diesem Standpunkte gilt die Verhältnisse in unseren Berufen zu betrachten. Ich möchte den häßlichen Begriff Grenzstreitigkeiten schon gleich von vorne herein aus der Debatte ausschneiden. Für unsere Zukunftsarbeit kam's sich nicht darum handeln, von eigenjüchtigen engen Gesichtspunkten diktierte Agitation für den Einzelverband zu betreiben. Nicht die materielle Stellungnahme zum Berufsverband, nein, der innere Gesamtkomplex der wirtschaftlich-kulturell-politischen Fragen, die heute denkende Menschen einen und trennen, muß entscheidend sein. Wir sind darum nicht in erster Linie organisierende Holz-, Leder- oder Metallarbeiter, sondern vorweg und über alles trennende hinaus christliche Gewerkschaftler. Hier steigt mir der solonische Vergleich zwischen Körper und Glieder auf. Jedes Glied ist notwendig und lebenswichtig. Doch erst die Zusammenarbeit aller schafft und erhält den Körper, schafft und bildet das Ich, die geschlossene Persönlichkeit. Wenn wir von dieser Erkenntnis aus die Zukunftsarbeit für unsere Gewerkschaften im allgemeinen und insbesondere für die großenteils noch brachliegenden Berufsgruppen des Sattler-, Täschner- und Tapezierergewerbes betreiben, so werden wir über die unfruchtbare, zeretzende Trennungspolitik des letzten Jahrzehnts hinaus zu praktischen Erfolgen schreiten. Das Hauptarbeitsgebiet für die beiden Verbände ist für Berufskundige leicht festgelegt. Die einzelnen Berufsgruppen des Tapezierer-, Polsterer- und Dekorationsgewerbes, also alle in Möbelbau und Inneneinrichtung Tätigen, kommen für den Holzarbeiterverband in Frage. Desgleichen aus praktischen Erwägungen heraus die Berufsangehörigen im Wagon- und Automobilbau. Letztere sind lange eine Streitfrage gewesen.

Gerade Schreiber dieses hat als Spezialarbeiter den Standpunkt, daß die Wagenattler Lederarbeiter sind und demzufolge dem Lederarbeiterverbande zugehören, lange mit guten Gründen vertreten. Aber die Entwicklung der letzten Jahre ist schließlich stärker gewesen. Durch den Eingang der Klubsesselform in Autobaum wurde die Stellung der Tapezierer vorherrschend. Auch organisatorische Gründe sprechen für die Einheitlichkeit im Gewerbe, jedoch diese Sparte wohl auch richtiger der Tapeziererabteilung des Holzarbeiterverbandes angegliedert wird. Dagegen kommen für den Lederarbeiterverband sämtliche Sparten des Sattlergewerbes, als Geschirr-, Reiseartikel-, Militärausrüstungs-, Treibriemensattler, sowie das gesamte Täschner- und Portefeulliergewerbe als Arbeitsgebiet in Betracht. Ueber diese kein sachliche Scheidelinie gilt nun die Gemeinschaftsarbeit aufzubauen. Zusammenwirken sämtlicher Faktoren in der Werkarbeit, eventuell Bildung gemeinsamer Fachgruppen, über diese hinaus vielleicht Herausgabe einer gemeinsamen Fachzeitschrift, das wären verbürgende Garantien des Erfolgs. Namentlich letzteren Gedanken möchte ich in die Debatte werfen. Zwar bildet er ein Novum, vor dessen offensbaren Schwierigkeiten mancher zurückschrecken wird. Diese Schwierigkeiten sind aber nur technisch materieller Art und bei gutem Willen leicht zu beheben. Dafür spricht aber sozial, daß ich es wohl nicht näher darzulegen brauche. Vor allem wäre hierin ein gewichtiger Faktor der Gemeinschaftsarbeit gegeben. Weiter wäre es der ganzen Sache wohl förderlich, wenn beide Verbände grundsätzlich ihr Desinteressement erklärten, dahingehend, daß, wenn es die Entwicklung erforderlich erscheinen läßt, beide Verbände einer Bersehbändigung der Berufsgruppen zu einem Fachverbande nicht im Wege stehen. Ist auf diese Weise Weg und Ziel klar, dann wird in regem Wettbewerb in opferfreudiger Gemeinschaftsarbeit auch die bis zum Ueberdruß

Die höchste Zeit

ist es zur Sicherung eines erhöhten Unterstützungsanspruchs schon nach 26 Beitragswochen. Wer mit der 1. Beitragswoche im August nicht mit der Leistung eines höheren Beitrags beginnt, hat erst nach 52 Beitragswochen Anspruch auf die Unterstützungsätze der höheren Klasse.

Werbt neue Mitglieder!

Jeder unorganisierte Holzarbeiter ist ein Hemmnis des wirtschaftlichen Aufstiegs der Kollegenschaft. Jedes neugewonnene Verbandsmitglied erleichtert die Erreichung unserer gewerkschaftlichen Ziele!

oft theoretisch betriebene Organisationsarbeit der Sattler, Tischler und Tapezierer ihre praktische Übung finden zum Segen der Kollegenschaft der einzelnen Berufe und der Gesamtbewegung.

„Hoch überragt den Wünschen des Einzelnen,
Das Wohl der Gesamtheit als erstes Gesetz!“

Im Felde, Juli 1918. Peter Ploum, Wagensattler.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Im Interesse der Mitglieder machen wir darauf aufmerksam, daß mit dem Erscheinungstage dieser Nummer der 30. Wochenbeitrag im Jahr 1918 für die Zeit vom 21. bis 27. Juli fällig ist.

Vom Militär entlassene Mitglieder, die sich rechtzeitig wieder beim Verband anmelden, haben nur eine Wartezeit von 13 Beitragswochen zum Bezug der neuen Unterstützungssätze zurückzulegen mit der Maßgabe, daß als frühester Termin dafür der 1. Januar 1919 in Frage kommt. Da die Wartezeit für alle übrigen Mitglieder 26 resp. 52 Wochen beträgt, hat der Verbandstag für die Kollegen die draußen für uns gestritten und gelitten haben eine erhebliche Vergünstigung festgelegt. Die Vergünstigung kam aber nur in solchen Fällen eintreten, wo die Wiederanmeldung zum Verband, sofort bei der Wiederaufnahme der bürgerlichen Berufstätigkeit erfolgt.

Lohnbewegung.

Lehrerzulagenenerhöhung in Münster i. S. Durch Beschluß einer außerordentlichen Mitgliederversammlung wurden seitens der Ortsverwaltung neuen Arbeitgebern neue Forderungen unterbreitet. Auf die Eingabe der Ortsverwaltung erklärten sich die Arbeitgeber sofort bereit, mit uns in Unterhandlungen einzutreten. Von der Lohnkommission, welche aus den Kollegen Duwentig, Pfäume, Kuffler, Konecman und Ripper bestand, wurden die Wünsche der Kollegen eingehend begründet. Nach kurzen Beratungen wurde seitens der Arbeitgeber eine Gehaltserhöhungszulage von 22 Pfg. pro Stunde zugesprochen, wovon 10 Pfg. ab 1. August, weitere 7 Pfg. am 1. November und der Rest am 1. Januar 1919 zu zahlen sind. Die Verhandlungen, welche auf Arbeitgeberseite von Herrn Kinkade geführt wurden, endigten im besten Endergebnis. Es steht zu hoffen, daß gleichermaßen auch mit den am Orte befindlichen Bauwerkstätten, sowie mit der Fa. Stille die Verhandlungen zu einem günstigen Resultat führen werden.

Für unsere Kollegen mag der Abschluß der Verhandlungen von neuem ein Kapsorn sein, den Verband zu stärken und durch eifrige Tätigkeit neue Mitglieder zu werben. Auf den Krieg folgt voranschreitend beim Übergang zur Friedenswirtschaft noch eine Zeit, in der die Organisation von jedem Kollegen den ganzen Mann verlangt.

Berichte aus den Zahlstellen.

Oberkrät (Baden). Daß es unter den Sägemehlern des Kantons (und auch wohl andernorts) noch Arbeiter gibt, die nicht zahlen können und nicht verstehen ihre Interessen zu wahren, zeigt nachdrücklich geschilberter Vorgang. Im November vergangenen Jahres konnte unser Verband im Margtal Eingang finden. Eine im Januar eingeleitete Bewegung zur Erlangung höherer Löhne hatte zur Folge, daß in dem Sägewerk von Wieland und Weber, durch Zusammenhalten der Kollegen eine Lohnenerhöhung von 20% = 15 Pfg. die Stunde durchgesetzt werden konnte. Zu gleicher Zeit wurden auch für die Arbeiter des Sägewerkes der Firma Karch, dieser Firma die Forderungen unterbreitet. Er hat, daß sich nun die Arbeiter das Beispiel der Kollegen von Wieland und Weber zu Range gemacht hätten, durch festes Zusammenhalten den Forderungen Nachdruck zu verleihen, ließen sie sich, als die Sache vor dem Sachverständigen gelangt wäre, von ihrer Firma ins Nachhinein sagen und erklärten nachdrücklich, daß sie mit 10% zufrieden seien. Zum Teil traten sie auch dem Verband aus, mit der Begründung, der Verband habe für sie keinen Wert. Mehrere abgehaltene Betriebsversammlungen zum Zweck, die Arbeiter von der Unzufriedenheit ihres Organismus zu überzeugen, hatten keinen Erfolg, da nur die dem Verband treu gebliebenen Kollegen erschienen. Es sei daher an dieser Stelle, nur vermerkt die Unzufriedenheit der Arbeiter hervorgehoben. Dagegen mag dadurch auch für die übrigen Sägewerke der Kantons nach vorhandenen Berichten im Margtal, Veranlassung gegeben sein nachzudenken, da sie sich ebenfalls zu ihrer Rechte schmecken. Seit Jahresfrist der Lohnbewegung vom 1. Februar bis 1. Juli, also in 5 Monaten betrug die Lohnenerhöhung für jeden Kollegen von der Firma Wieland & Weber pro Tag 1,50 Mk., in 125 Arbeitstagen 187,50 Mk. Die Lohnenerhöhung der Arbeiter der Firma Karch betrug dagegen pro Tag 50 Pfg., in 125 Tagen 62,50 Mk. Bis jetzt nun von den 187,50 Mk. den seit 1. November gezahlten

Verbandsbeitrag von 20 Mk. ab, so verbleiben noch 167,50 Mk.; gegenüber 62,50 Mk. ein Ueberschuß von 105 Mk. Da in dem Betrieb von Karch durchschnittlich 50 Arbeiter beschäftigt werden, haben diese Arbeiter in ihrer Gesamtheit in den 5 Monaten dazu beigetragen, daß zu ihrem Nachteil der Arbeitgeber sich um 6250 Mk. bereichern konnte. — Werden sich die Arbeiter nun durch diese rechnerische Darstellung von der Haltlosigkeit ihrer Begründung überzeugen lassen? Oder werden sie trotzdem weiterhin, auch in den kommenden Monaten zu ihrem Schaden, die ohnedies nicht geringen Ueberschüsse ihres Arbeitgebers noch vermehren?

Glän. In den letzten Wochen und Monate gestaltet sich der Kampf ums Dasein immer schwieriger. Eine Lohnbewegung löst die andere ab. Die meisten Kollegen arbeiten in der Kriegswirtschaft, sobald wir es durchwegs mit Betrieben zu tun haben, die während des Krieges erhebliche Gewinne abwerfen. Trotzdem sind sie nicht darauf zu haben, den nur zu berechtigten Wünschen der Kollegen gerecht zu werden. Eher, so sagt man, sei an den Abbau der Löhne zu denken, als an eine Steigerung der Teuerungszulage. Wo die Kollegen nun straff organisiert sind und manhaft ihre Rechte geltend machen trotz der stetigen Hinweise auf den Schützengraben, da ist es noch immer möglich, Lohnenerhöhungen herauszuholen. Bei der Kaiser Maschinenfabrik A.G. erreichten die Robeltschreiner durch ihr geschlossenes Vorgehen eine Lohnenerhöhung von 20 Pfg. die Stunde; sodas der Durchschnittslohn 1,52 Mk. beträgt. Im Flugzeugwerk Kex erzielten die Kollegen eine Lohnenerhöhung von 10 Pfg. die Stunde, womit der Durchschnittslohn auf 1,29 Mk. gebracht ist. Haben wir in ersterem Betrieb eine musterwürdige Organisation zu verzeichnen, so ist bei Kex das Gegenteil der Fall. An den Kollegen liegt es zu sorgen, daß auch der letzte Mann organisiert ist; nur so werden allenfalls Abhne, die der Zeit entsprechen, zu erreichen sein.

Selbstkritik. Mancher, mit der Entwicklung der Verhältnisse im Industriegebiet während der Kriegszeit nicht vertraute Kollege, wird nicht verstehen, warum die Mitgliederzahl unseres Verbandes hier so bedeutend zurückging. Eine statistische Aufmachung des Selbstkritischen Innungsausschusses mag dafür eine Erklärung geben. Vor dem Krieg wurden hier in den 91 Schreiner-Innungsbetrieben 145 Personen beschäftigt. 48 Betriebe liegen jetzt davon still oder sind eingegangen. In den restlichen 43 Betrieben waren am 1. April d. J. noch 47 Personen beschäftigt, darunter 22 Lehrlinge. Die für die gewerkschaftliche Organisation noch verbleibenden 25 Gehilfen, sind aber zum Teil Kleinmeister, die in den Betrieben ihrer Kollegen die von den Handwerkerkorporationen vermittelte Kriegsarbeit herstellen. — Die gegebenen Zahlen zeigen; daß das früher hauptsächlich in Frage kommende Tätigkeitsgebiet unserer Zahlstelle stark eingengt wurde. Glücklicherweise haben manche, früher bei den Innungsmeistern beschäftigte Kollegen auf der vor Kriegsausbruch entlassenen und in der Kriegszeit erlosch ausgebeuteten Flugzeugfabrik Arbeit finden können. Hier liegt dann auch das Schwergewicht unserer Zahlstelle. Daneben stehen nicht wenige Holzarbeiter in der metallgewerblichen Großindustrie, die leider bislang von unserem Verband noch nicht nach Wunsch erfasst werden konnten. Eine besondere Aufgabe erwächst unserer Zahlstelle in der gewerkschaftlichen Heranbildung des Nachwuchses. Ist doch die Zahl der Lehrlinge in den holzgewerblichen Innungsbetrieben größer, als die Zahl der beschäftigten Gesellen. Die hier erwähnten 33 Schreiner- und Stellmacherehrlinge für unsere Jugendgruppe zu gewinnen, wird eine unserer ersten Aufgaben sein müssen.

Gewerkschaftliches.

Rückkehr der gewerkschaftlich „Bermittelten“.

Manche Gewerkschaftsmitglieder haben bei Kriegsausbruch das Gefühl gehabt, als fielen alle Himmel ein und sei für die Gewerkschaftsbewegung keine Rettung mehr. Sie haben daher den Verband verlassen und sind unter die „Bermittelten“ geraten. Nachdem sie jedoch an eigenen Leiden verspüren, wie auch in der Kriegszeit die Organisation nicht entbehrt werden kann, kehren sie zur „Gruppe“ zurück. Folgende Aussprüche klingen dabei an das Ohr des Verbandsfunktionärs: „Ich war bei Kriegsausbruch arbeitslos“ — „Ich war lange krank“ — „Ich war zwischen durch Soldat“ — „Zu mir ist kein Vertrauensmann mehr gekommen“ — „Ich wollte nicht wo ich meine Beiträge bezahlen sollte“ — „Ich war lange Zeit nicht in meinem Beruf beschäftigt“ usw. Damit werden dann die letzten Markenselber in Mitgliedsbuch zu erklären versucht. Heißt's dann: „Die Beiträge müßt du nachzahlen!“ dann geht das nicht. Es ist einfach zu viel. Heißt's: „Du müßt Dich neu aufschmecken lassen!“, dann beginnt die Entschuldigungsrede von neuem: „Es war doch nicht meine Schuld, daß kein Vertrauensmann mehr kam!“ — „Das geht doch nicht, daß ich mir soviel Beiträge vollständig umsonst bezahlt habe!“ „Die alten Marken sollten mir dann doch angerechnet werden!“ zc.

Die Fälle mehren sich und ist deshalb wohl der Hinweis am Platze, daß eine sofortige Wiederaufnahme von früher geleisteten Beiträgen vollständig ausgeschlossen sein muß. Wenn das geschehen würde, wäre das eine Bestrafung der treu zahlenden Mitglieder und eine Entmutigung der gewerkschaftlichen Jahrgangsklasse. Es gibt aber nicht einen einzigen stichtätigen Grund, der dafür spricht, daß Kollegen, die jahrelang die Beitragsleistung durch eigene Schuld unterlassen, den anderen Mitgliedern gleich zu stellen sind. Wer irgend etwas verbrocht hat muß auch hart genug sein, die Folgen zu tragen. Wer z. B. innerhalb zweier Jahren

die Invalidentarte mit der vorgeschriebenen Markenzahl nicht umtauscht, verliert alle Rechte aus der Invalidentversicherung. Brauchen wir im Verband aber weniger Ordnung wie in der reichsgewerkschaftlichen Arbeiterversicherung?

Im Verband gibt es keine Mitgliedschaft die jedem Mitgliede gestattet Beiträge nur dann zu zahlen, wenn es ihm beliebt. Nur in drei Fällen kann die Mitgliedschaft ruhen, — wobei auch noch eine rechtzeitige Ab- und Anmeldung zu bewirken ist. — 1.) Bei einem Aufenthalt im Auslande, wo ein Bruderverband nicht besteht; 2.) bei Erfüllung der Wehrpflicht (— die Hilfsdienstpflicht entbindet nicht von der Beitragsleistung) und 3.) beim Besuch einer Fachschule.

Der landläufige Ausdruck: „Es ist Krieg“, womit gesagt sein soll, daß es deshalb nicht so genau darauf ankommt, bestehende Vorschriften zu beachten, darf betonen nicht gelten. Unsere „Bermittelten“, die so gedacht haben, werden sich bei der Wiederanmeldung zum Verband deshalb mit allerlei unliebsamen Wirkungen ihrer Tuns abfinden müssen. Davon können sie nicht befreit werden, selbst wenn in den Diskussionsmationen allerlei Freude bei der „Rückkehr verlorener Söhne“ ist. Für alle Verbandsmitglieder aber, die ihre in jahrelanger Beitragszahlung erworbenen Rechte nicht verlustig gehen wollen ergibt sich daraus die Lehre: Bleibt mit der Beitragszahlung auf dem Laufenden. Jedes Mitglied ist selbst für die Ordnung seines Buches verantwortlich.

Soziale Rundschau.

Unsere Deutsche Volksversicherung A.-G. im Jahre 1917. Am 27. Juni 1918 fand in Berlin die 5. ordentliche Generalversammlung unserer gemeinnützigen Deutschen Volksversicherung statt. Nach den Ausführungen des Vorstandes ist der Versicherungszugang auch im laufenden Jahre in steigendem Maße begriffen. Der Zugang der Neubesicherten, der im ersten Halbjahr 1917 nur 1 650 000 Mk. betragen habe, sei im zweiten Halbjahr um weitere 3 144 000 Mk. gestiegen. Dieser Aufschwung halte im Jahre 1918 an. Die Entwicklung des Versicherungsbestandes sowie des Vermögens unseres gemeinnützigen Unternehmens berechtigt zu den besten Erwartungen, wie die folgende zahlenmäßige Aufstellung am deutlichsten zeigt:

Es betrug bei unserer Volksversicherung

	die Anzahl der laufenden Versicherungen	der Beitrag	der Gesamtbeitrag des Gesamtvermögens
1913	10 083	3 118 965,— Mk.	2 929 649,93 Mk.
1914	35 044	12 784 419,10 „	3 117 271,82 „
1915	62 277	22 613 855,80 „	5 800 189,86 „
1916	81 618	24 274 685,40 „	6 817 874,46 „
1917	97 141	29 118 989,40 „	7 887 040,33 „

Von dem im Geschäftsjahr 1917 erzielten Reingewinn von 20 000 Mk. sind wieder 80 Prozent den Versicherten überwiesen worden, so daß der zur Dividendenverteilung zur Verfügung stehende Fondsbetrag auf 81 875,79 Mk. angewachsen ist. Auf die Verteilung einer Aktionärsdividende wurde wie bisher verzichtet. Die dafür verfügbaren Mittel wurden der Gesellschaft für das laufende Jahr zur Verfügung gestellt.

Aus dem gewerblichen Leben.

Wucher mit Nordweiden. Wegen Höchstpreisüberschreitung und übermäßiger Preissteigerung wurde an drei Tagen vor dem Gericht zu Koburg gegen den dortigen Weiden- und Rohrhändler Heinrich Simon verhandelt. Weitere Prozesse dürften sich aus diesen Verhandlungen gegen Abnehmer Simons entwickeln. Das Urteil gegen S. lautete auf 42 685 Mk. Geldstrafe oder zwei Jahre Gefängnis, sowie auf Einziehung eines Gewinnanteils in der Höhe von 26 403,75 Mk. Der Angeklagte hat in drei Kriegsjahren bei einem Gesamtumsatz von nahezu vier Millionen Mk. 741 000 Mk. Reingewinn erzielt. So wird er die ihm auferlegte Geldstrafe verschmerzen können.

Benz & Co. A.-G. in Mannheim. Aus einem Reingewinn von 17 153 657 Mk. verteilte diese Automobilfabrik wie im Vorjahr wieder eine Dividende von 20% und dazu eine Sonderzuweisung von 10% in deutscher Kriegsanleihe. 3 654 Mill. Mk. wurden abgeschrieben, 2 Mill. Mk. für die Übergangswirtschaft bewilligt, weitere 2 Mill. Mk. zur Errichtung einer Prüfungs- und Versuchsabteilung bestimmt, ebensoviel wird auf neue Rechnung vorgetragen. Ein „schöbiger Rest“ von 472 607 Mk. verbleibt zur Verfügung des Aufsichtsrats.

Die Waggonfabrik Jos. Rathgeber A.-G. in München verteilt bei 267 234 Mk. Abschreibungen und einem Reingewinn von 476 976 Mk. eine Dividende von 10 Prozent. Für das laufende Geschäftsjahr wird ebenfalls ein gutes Ergebnis erwartet.

Mt. Ges. für Nordwarenindustrie Gourdau & Bergmann in Pilsenerfeld. So gut wie im Vorjahr verzinst sich im letzten Geschäftsjahr des Aktienkapital dieser Gesellschaft nicht. Immerhin erhalten die Aktionäre noch 10 Prozent Dividende (i. H. 15%) und dazu die üblichen 10 Prozent Sondervergütung. Vorstand und Aufsichtsrat erhalten eine weitere Vergütung von 48 667 Mk. 60 000 Mk. sind für Vergütungen an Vorstand, Meister, Beamte und Arbeiter bestimmt.

Die gemeinnützige Volksversicherung

Der Zweck dieses Vereins ist die Errichtung einer Volksversicherung für die Arbeiter und Angestellten der Industrie und des Handels. Die Beiträge werden durch die Mitglieder selbst getragen. Die Versicherung ist für die Arbeiter und Angestellten der Industrie und des Handels bestimmt. Die Beiträge werden durch die Mitglieder selbst getragen. Die Versicherung ist für die Arbeiter und Angestellten der Industrie und des Handels bestimmt. Die Beiträge werden durch die Mitglieder selbst getragen. Die Versicherung ist für die Arbeiter und Angestellten der Industrie und des Handels bestimmt.